

# Wirtschaftskrise

*Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andere werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut es das nicht, so erfolgt eine so genannte „Stützungsaktion“, bei der alle bis auf den Staat gut verdienen. Solche Pleite erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch meist nichts mehr.*

**Kurt Tucholsky, im Jahr 1931**



foto: wikipedia commons



**Bilder aus dem sehenswerten Film „Let's make MONEY“ von Erwin Wagenhofer. Er sagt zur Entstehungsgeschichte: Vor Jahren fiel mir der Werbespruch einer Bank auf, der lautete „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten“. Wenn man über diesen Spruch nachdenkt, kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass das ein unfassbarer Schwachsinn ist. Geld kann nicht arbeiten. Arbeiten können Menschen, Maschinen und vielleicht noch Tiere.**



## FALSCHER WOHNBAUPOLITIK

# Zu wenig Wohnungen

Bis 2012 werden in der Steiermark 32.000 Wohnungen fehlen, so Landesrat Seitinger (ÖVP). Für KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker ist das ein Zeichen für die verfehlte Wohnbaupolitik der letzten Jahre. Die KPÖ hat stets kritisiert, dass Wohnungsgelder für das Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Drei Milliarden Euro aus den Wohnbau-

geldern des Landes wurden in den vergangenen Jahren bereits entnommen.

Während in den Neunzigerjahren noch rund 2.740 neue Wohnungen pro Jahr gebaut wurden, waren es 2006 nur noch 1.865. „Wir brauchen mehr Mittel für den sozialen Wohnbau, sonst wird es zu dramatischen Entwicklungen kommen“, warnt Ernest Kaltenecker.

## KOMMENTAR

KASINOKAPITALISMUS AM ENDE

# Wir alle zahlen die Zeche!

VON KPÖ-LABG. RENATE PACHER



Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist in einer tiefen Krise. Doch die fällt nicht plötzlich vom Himmel, sondern ist das Ergebnis konkreter Handlungen. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus standen dem Kapitalismus plötzlich riesige neue Märkte und Gewinnmöglichkeiten offen. Gleichzeitig wurde der Druck auf die Politik erhöht, alle Bereiche des Lebens dem Kapital - und damit dem Gewinn - zu öffnen. Alles privat - nur was keinen Gewinn bringt, dem Staat, nach dieser Devise wurde gehandelt.

Die neuen Gewinnmöglichkeiten haben eine grenzenlose Gier entfacht. Plötzlich war der „normale“ Profit aus Produktion und Handel nicht genug. Die Weltwirtschaft wurde von der Produktion realer Güter immer mehr abgekoppelt.

Unvorstellbare Geldmengen zirkulierten täglich um den Erdball, auf der Suche nach den profitträchtigsten Anlageformen. Dabei wurden Finanzprodukte gehandelt, die nur auf Speku-

lation beruhten. Die Finanzwirtschaft wurde in ein Casino verwandelt. Das System ist jetzt wie ein gigantischer Kettenbrief geplatzt.

In dieser Krise soll nun der Staat als Retter einspringen, hunderte Milliarden werden bereitgestellt. Die Gewinne sind zuvor in die Taschen Privater geflossen, für die Verluste soll die Allgemeinheit aufkommen. Gibt es keinen Widerstand, wird diese Krise des Kapitalismus von den arbeitenden Menschen bezahlt.

Wir meinen, die Verantwortlichen müssen zur Kasse gebeten werden - und die Politik muss aus den Geschehnissen lernen. Mehr Demokratie, mehr gesellschaftliches Eigentum und strenge öffentliche Kontrollen sind nötig. Und es muss gefragt werden, ob dies kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem Streben nach Maximalprofit wirklich im Interesse der Mehrheit der Menschen liegt oder ob es abgeschafft werden soll.

renate.pacher@kpoe-steiermark.at

Tel. 035 12 / 822 40

# Gegen weitere Pensionskürzungen

Auf viele Landesbedienstete kommen mit dem Pensionsgesetz 2009 weitere Verschlechterungen zu. Unter dem beschönigenden Titel „Harmonisierung“ wird es zu einer weiteren Anhebung des Pensionsantrittsalters kommen. SPÖ, ÖVP und Grüne begrüßten die Maßnahmen.

Ernest Kaltenecker (KPÖ) präsentierte folgendes Rechenbeispiel: Der Staat gibt im Jahr

für die Pensionskassen 7,3 Milliarden Euro aus. Tendenz fallend, weil man sich angeblich das System nicht mehr leisten könne. Vor wenigen Tagen wurde ein 100 Milliarden Euro Paket für die privaten Banken verabschiedet. Mit diesem Geld könnte man 15 Jahre lang die Pensionszuschüsse finanzieren. Gegen die Stimmen der KPÖ wurde das Pensionsgesetz leider beschlossen.